

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen  
48. Sitzung

21.09.1988  
rp-mm

den öffentlich geförderten Wohnungsbau tun, sehe aber die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung, die durch die Politik in Bonn zusätzlich erschwert werde. Es gebe keinen Anlaß, über den vorliegenden Haushalt zu jubeln. Die notwendigsten Aufgaben könnten aber mit ihm gelöst werden.

Abg. Jaeger (CDU) kritisiert, daß der Einführungsbericht in der Vorlage 10/1759 viele ideologische Formulierungen enthalte. So heiße es auf Seite 72: "Nach wie vor ist das Angebot an preisgünstigen Wohnungen angesichts stagnierender Realeinkommen der Einkommensschwächeren ... zu niedrig." Gemeint seien wohl diejenigen, die berechtigt seien, Sozialwohnungen zu beziehen. Diejenigen, die so formulierten, bitte er, darüber nachzudenken, wann die Realeinkommen dieser Personengruppe stärker gestiegen seien als in den letzten Jahren.

Das Städtebauprogramm von Bund und Land laufe in diesem Jahr erfreulicherweise rechtzeitig an. Als Mitglied eines Bezirksplanungsrats habe er aber den Eindruck, daß seitens der Landesregierung jeder Stein festgeklopft werde. Der Bezirksplanungsrat habe bisher noch über Prioritätenlisten beraten können. Jetzt nehme er nur noch Zuordnungen, die die Landesregierung getroffen habe, zur Kenntnis. Bewegen könne er bei diesem System nichts mehr. Er bitte den Minister zu überlegen, ob man in die Handhabung dieses Programms in Zukunft nicht demokratisch-parlamentarische Strukturen einfließen lassen könne.

Abg. Schumacher (Remscheid) (SPD) äußert, er sei mit dem Abg. Soenius der Meinung, daß die sogenannten konsumtiven Ausgaben in der Wohnungswirtschaft besser durch Landeszuschüsse als aus dem Landeswohnungsbauvermögen gedeckt werden sollten, weil er der Auffassung sei, daß man das Landeswohnungsbauvermögen so lange wie möglich in einem möglichst großen Umfang für die Aufgaben des Wohnungsbaus erhalten müsse. Von daher bedauere er, daß es finanzpolitisch notwendig geworden sei, diese Ausgaben aus dem Landeswohnungsbauvermögen zu bestreiten. Der Argumentation, hier würden Mittel konsumtiv verbraucht, könne man allerdings entgegenhalten:

Hätte man die Wohnungen von Anfang an durch zusätzlichen Einsatz von Kreditmitteln so gefördert, daß sich eine erträgliche Miete ergeben hätte, hätte man Mittel aus dem Vermögensteil bzw. Kreditteil ausgeben müssen. Da damals aber weniger Förderungsmittel eingesetzt worden seien, werde jetzt nachfinanziert, und man könne zu der Argumentationskurve kommen, daß das eine nachträgliche Investition sei.